Schriftlicher Bericht

des Außenhandelsausschusses (17. Ausschuß)

über die von der Bundesregierung vorgelegte Verordnung über die Senkung von Abschöpfungssätzen bei der Einfuhr von geschlachteten Hühnern nach Berlin

— Drucksache IV/1617 —

A. Bericht des Abgeordneten Urban

Die vorliegende Verordnung ist in der 98. Sitzung des Bundestages am 4. Dezember 1963 dem Außenhandelsausschuß federführend und dem Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mitbeteiligt überwiesen worden.

Durch die Verordnung soll der Abschöpfungssatz für geschlachtete Hühner, die nach Berlin eingeführt werden, bis zum 30. Juni 1964 um 0,28 DM/kg gesenkt werden. Diese Maßnahme wurde notwendig, da die Preise für Schlachtgeflügel in Berlin seit Einführung der Marktordnung stärker als im übrigen Bundesgebiet angestiegen sind.

Der federführende und der mitbeteiligte Ausschuß haben in ihren Sitzungen vom 27. November und 5. Dezember 1963 die Vorlage beraten.

Der mitbeteiligte Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat die Vorlage mit Mehrheit abgelehnt. Er hat diesen Beschluß damit begründet, daß die vorgesehene Regelung dem Grundprinzip der Abschöpfung widerspreche und Nachteile für die innerdeutsche Erzeugung eintreten würden.

Der federführende Außenhandelsausschuß hat die Verordnung einstimmig gebilligt. Die Gründe, die den Außenhandelsausschuß bewogen, der Vorlage zuzustimmen, stützen sich vor allem auf die Tatsache, daß die für Berlin eingetretenen Nachteile bei der Einfuhr geschlachteter Hühner beseitigt werden müssen. Die Mehrheit des Ausschusses war der Auffassung, daß durch diese Maßnahme die Zufuhr deutschen Schlachtgeflügels nach Berlin nicht beeinträchtigt wird.

Bonn, den 5. Dezember 1963

Urban

Berichterstatter

Ausschußantrag umseitig

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,

der Verordnung — Drucksache IV/1617 — unverändert zuzustimmen.

Bonn, den 5. Dezember 1963

Der Außenhandelsausschuß

Burckardt

Urban

Stelly. Vorsitzender

Berichterstatter